

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Dr. Johannes Margreiter, Yannick Shetty, Kolleginnen und Kollegen**

**betreffend Konkrete Zielsetzungen im Mobilitätsbereich**

**eingebraucht im Zuge der Debatte in der 93. Sitzung des Nationalrats über "Klimavolksbegehren" (697 d.B.)– TOP 1**

Der Mobilitätsbereich ist und bleibt das Sorgenkind der österreichischen Klimapolitik. Während in fast allen Bereichen die Treibhausgasemissionen in den letzten Jahrzehnten stabil blieben oder abnahmen, haben Emissionen im Verkehrsbereich seit 1990 um ca. 75% zugenommen. Hierfür sind eine Vielzahl an Faktoren verantwortlich: Der Mangel an Alternativen zum motorisierten Individualverkehr, kontraproduktive Subventionen, die politische Priorisierung des PKWs über andere Mobilitätsformen, der Transitverkehr, die im europäischen Vergleich drastische Zersiedelung sowie die starke Verbreitung von schweren, kraftstoffintensiven Fahrzeugen (v.a. SUVs). Nicht zuletzt deshalb ist die Forderung nach flächendeckender Versorgung mit klimafreundlicher Mobilität ein Kernanliegen des Klimavolksbegehrens.

Trotz einiger sinnvoller Maßnahmen (z.B. zusätzliche Mittel für den Bahnausbau) hat die Bundesregierung hier noch nicht ausreichend ambitionierte Schritte gesetzt. Auch der Entschluss zum Klimavolksbegehren enthält im Zusammenhang mit Mobilität zwar grundsätzlich lobenswerte Ansätze, es fehlen aber teilweise konkrete Maßnahmen und verbindliche Zielsetzungen. Diese wären allerdings notwendig, um tatsächlich eine Wende im Verkehrsbereich zu erreichen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

"Die Bundesregierung, insbesondere die Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, wird aufgefordert, konkrete, verbindliche Maßnahmen für die Ausweitung der klimafreundlichen Mobilität zu setzen, inklusive der folgenden Punkte:

- Formulierung einer ambitionierten bundesweiten Zielsetzung zur Erhöhung der in Österreich mit dem Fahrrad zurückgelegten Wege auf über 16% sowie des Anteils der in Österreich zu Fuß zurückgelegten Wege auf über 21% - bei gleichzeitiger entsprechender Senkung des Anteils des motorisierten Individualverkehrs bis 2030.
- Schaffung eines Gesetzesentwurfs für eine fahrradfreundliche StVO-Novelle, welche das Fahrrad im Straßenverkehr aufwertet und damit mehr in Österreich lebende Menschen zum Umstieg auf das Fahrrad ermutigt.

- Verdoppelung der Mittel im Bundesbudget für die Fahrradinfrastruktur und Zweckbindung für den Ausbau von direkten, baulich getrennten Fahrradinfrastrukturen zwischen Ortschaften sowie zur Anbindung an überregionale öffentliche Verkehrsmittel.
- Verbesserung von Rahmenbedingungen für die Schaffung von direkten, baulich getrennten Fahrradinfrastrukturen zwischen Ortschaften und Gemeinden sowie Maßnahmen zur Stärkung der Koordinierung bei der Planung von Fahrradinfrastruktur über Landes- und Gemeindegrenzen hinweg.
- Erarbeitung eines Anreizmodells, das durch finanzielle Förderungen die Errichtung von Begegnungszonen in den Ortskernen von Gemeinden unterstützt.

②  
(MARGREITER)

①  
HEITZ

③  
Fischer

④  
(BRANDSTETTER)

⑤  
BERNHARD

